

## 55. Sitzung des Niedersächsischen Landtags

Hannover, 15.12.2009

Rede von Kreszentia Flauger zum Thema:

2. Haushaltsberatung: Bundes- und Europaangelegenheiten & Medien

---

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ausschusseksretariate, der Drucksachenabteilung, der Landtagsverwaltung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium und den anderen Ministerien sowie des Landesrechnungshofs für die viele Arbeit bedanken, die sie mit dem Haushalt 2010 hatten und die sicherlich oft nicht einfach gewesen ist. Wir wissen sehr gut, dass es nicht diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, die diesen saft- und kraftlosen Haushalt der sozialen Kälte zu verantworten haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir werden diesen Haushalt selbstverständlich ablehnen. Wir haben **169 Änderungsanträge** zum Haushalt eingebracht, die Sie leider **alle abgelehnt** haben.

Wir wissen: Diese Landesregierung sitzt häufig auf einem ziemlich hohen Ross. Aber oft muss man ihr erst einmal auf das Pferd helfen. Deswegen haben wir diese Änderungsanträge eingebracht. Sie haben sie leider nicht als Steigbügel genutzt.

(Norbert Böhlke [CDU]: Gott sei Dank!)

Wir haben unsere Vorschläge in dieser kleinen Broschüre zusammengefasst, die schon mehrfach erwähnt worden ist. Wir haben sie zwar nicht in erster Linie für Sie, aber auch für Sie geschrieben. Ich habe ein paar Exemplare mitgebracht, die ich Ihnen nachher aushändigen werde. Herr McAllister fragt schon danach. Sie sollen sie gerne bekommen.

(Björn Thümler [CDU]: Er hat sie schon!)

Es steht zu befürchten, dass Sie gleich in der Schlussabstimmung diesen unsozialen Haushalt durchstimmen werden. Das wird leider fatale Folgen haben. Sie werden Niedersachsens Städte, Gemeinden und Landkreise am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Statt Kommunen mit „Heiratsprämien“ zu Fusionen zu nötigen und das dann prahlerisch „Zukunftsvertrag“ zu nennen, sollten Sie endlich den kommunalen Finanzausgleich korrigieren, und zwar so, dass die niedersächsischen Kommunen auf eine dauerhafte, verlässliche Grundlage stabiler Finanzzuweisungen gestellt werden. Setzen Sie sich gleichzeitig auf Bundesebene für eine bundesweite Reform der Kommunenfinanzierung ein!

(Beifall bei der LINKEN)

In Ihrem unsozialen Haushalt wollen Sie nicht einmal dafür sorgen, dass jedes Schulkind in Niedersachsen täglich ein Stück Obst bekommt. Sie machen sich mit der Ausrede lächerlich, das sei bürokratisch, während alle möglichen anderen Länder das hinbekommen. Peinlich, peinlich, liebe Landesregierung!

(Beifall bei der LINKEN)

Sie verschieben die im Koalitionsvertrag von CDU und FDP versprochene Einführung des zweiten beitragsfreien Kindertagesstättenjahres auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, ganz nach dem adenauerschen Motto: Was schert mich mein Geschwätz von gestern! - Damit haben Sie gezeigt, dass Sie ungefähr so glaubwürdig sind wie der Baron von Münchhausen. Das ist Wortbruch, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN)

Das Land Niedersachsen braucht mindestens 2 000 neue Lehrkräfte. Aber davon wollen Sie in Ihrem Haushalt nichts wissen. Die gleiche Ignoranz zeigen Sie beim Thema Abschaffung von Studiengebühren, die in völlig inakzeptabler Weise ein sozial ausgrenzendes Bildungssystem fördern.

Meine Damen und Herren, vor einem Jahr hat Finanzminister Möllring großspurig versprochen, für 2010 einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Dieses Versprechen ist wie eine Seifenblase zerplatzt. Mit dieser Landesregierung steht Niedersachsen vor der größten Neuverschuldung in der Geschichte. Das versuchen Sie mit billigen Tricks gegen alle Grundsätze von Haushaltswahrheit und -klarheit zu verschleiern, nur damit nicht deutlich wird, dass Sie noch mehr Schulden machen als Ihre Vorgängerregierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sagen natürlich: Wir haben eine Krise. Da müssen wir doch Kredite aufnehmen. - Noch vor einem Jahr haben Sie hier die Existenz dieser Krise geleugnet und bestritten. Damals haben Sie zu unseren Wortbeiträgen gesagt, die Linke rede diese Krise herbei. Wenn unsere Macht des Herbeiredens solcher großen Dinge wirklich so toll wäre, dann würden wir ganz andere Sachen herbeireden, z. B. die Abschaffung schwarz-gelber Regierungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte einmal Philipp Rösler aus den Schlusserklärungen der Haushaltsberatungen 2008 zitieren. Er hat gesagt:

„Die Oppositionsfraktionen reden hier von Krise, aber wollen gleichzeitig Milliarden verprassen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist unmoralisch.“

Das hat Philipp Rösler im Dezember 2008 hier gesagt. Jetzt ist er weg. Wahrscheinlich weiß er, warum. Er sitzt in einer Bundesregierung, die in einer Krise tatsächlich unmoralisch Milliarden verprasst, und zwar an ganz falschen Stellen, u. a. für Mehrwertsteuersenkungen für Hotelübernachtungen, die mit Sicherheit nicht der Weg aus der Krise sind,

(Ralf Briese [GRÜNE]: Sie sind doch dafür!)

und für die steuerliche Entlastung der Erben großer Vermögen, und das, obwohl nur 0,9 % der deutschen Staatseinnahmen aus Vermögen- und Erbschaftsteuer stammen. Damit ist Deutschland Schlusslicht unter den OECD-Staaten. Der Durchschnitt liegt bei 2,3 %. Das ist nicht hinnehmbar. Aber Sie wollen das noch weitertreiben und wollen sogar noch weiter herunter und Ihre Klientel weiter bedienen.

(Beifall bei der LINKEN)

Da hat sich die FDP im Bund mit ihren Vorstellungen richtig durchgesetzt und hier in Niedersachsen ja auch schon. Herr McAllister klang eben schon sehr FDP-mäßig.

Wie die Ideologie der FDP aussieht, hat Herr Riese gestern schön zusammengefasst. Das läuft sinngemäß so:

Erstens. Steuern sind von Übel. Man muss sie ordentlich senken. - Der von mir sehr geschätzte Kabarettist Volker Pispers sagt übrigens: Der gefühlte Steuersatz der FDP-Mitglieder liegt grundsätzlich bei 95 %. Also muss man die Steuern ordentlich senken. Zweitens. Durch die niedrigen Steuern wird auf wundersame Weise die Wirtschaft angekurbelt. - An den Weihnachtsmann glauben Sie wahrscheinlich auch.

(Roland Riese [FDP]: Natürlich!)

Drittens. Der Staat hat dann zwar keine vernünftigen Einnahmen mehr. Aber das macht ja nichts.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Denn - viertens - die sogenannten Leistungsträger, die jetzt - siehe zweitens - mehr Netto vom Brutto behalten, werden freiwillig wohlätig Almosen geben, wo der Staat mangels Masse dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes nicht mehr nachkommen kann. - Ich möchte ehrliches und sozial motiviertes Ehrenamt und Wohltätigkeit hier ausdrücklich loben. Als Ersatzkonzept für einen Sozialstaat sind sie aber nicht geeignet.

(Beifall bei der LINKEN)

Soweit ist ein solches Grundkonzept nicht weit von einem Feudalstaat entfernt, wo die Masse der Bevölkerung auf Gedeih und Verderb dem Wohlwollen des jeweiligen Adelsherrn ausgeliefert ist. Solche Rückschritte in eine Gesellschaft, in der die Menschen zur Sicherung des Wohlwollens ihrer Gönner und damit zur Sicherung ihrer Existenz gezwungen sind, sehr

gut zu überlegen, was sie wann kritisieren und wann sie wo den Mund aufmachen, damit sie ihre Existenz sicherstellen können, solche Rückschritte sind mit der Linken nicht zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt gute Gründe, die Staatsfinanzen so zu gestalten, dass der Staat in sozialen Bereichen und in anderen Bereichen handlungsfähig ist. Denn eines ist sicher: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Sorgen Sie endlich dafür, dass das Land Niedersachsen seine Aufgaben endlich wieder angemessen wahrnehmen kann, statt die Landesfinanzen zu ruinieren! Wir mussten ja leider feststellen, dass Sie beim Thema Einnahmeverbesserungen ungefähr so kreativ sind wie eine Tasse kalt gewordener Kaffee. Wir helfen aber gern aus. Hätten Sie unsere Änderungsanträge zum Haushalt gelesen, hätten Sie gelesen:

Erstens. Durch Einstellung von mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Steuervollzug sammeln Sie die **600 Millionen** Euro Steuern ein, die Sie jetzt auf der Straße liegen lassen.

Zweitens. Die Wiedererhebung einer reformierten Vermögensteuer bringt **1 Milliarde** Euro für Niedersachsen.

Drittens. Die gerechtere Besteuerung großer Erbschaften bringt **0,7 Milliarden** Euro für Niedersachsen.

Viertens. Eine Börsenumsatzsteuer wie in Großbritannien würde für Niedersachsen **1,1 Milliarden** Euro bringen.

Aber Sie haben das alles ja abgelehnt. Wie das Kaninchen auf die Schlange starren Sie auf die Sie völlig überfordernden Herausforderungen der Krise. Weil Ihnen Gestaltungswille und Gestaltungsfähigkeit völlig abgehen, ziehen Sie die Ärmelschoner an und tun, was Sie können: den Mangel buchhalterisch verwalten und sparen, statt zu gestalten und zu regieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb wird kommen, was Herr McAllister laut *Weser-Kurier* am 15. Dezember angekündigt hat, nämlich verschärfte Konsolidierungsschritte,

(David McAllister [CDU]: Das habe ich in meiner Haushaltsrede gesagt!)

und was der *rundblick* am Montag schrieb:

„Es hat mancherlei Ironie für sich, dass der Bund mit dem radikalen Abbau der Neuverschuldung gerade in dem Jahr beginnen will, in dem die Berliner Koalition das Staatsvolk mit einer Steuersenkung beglücken will. Wie das in Einklang miteinander gebracht werden soll, ist ein Kapitel für sich. Jenseits hiervon aber werden Bund und Länder sich geradezu dramatisch von Ausgaben und Aufgaben trennen müssen, um die angepeilten

Ziele zu erreichen. Es wird ein Heulen und Zähneklappern durch das Land gehen, wenn aus den jetzt formulierten Zielen eines nicht fernen Tages Taten werden. Die Koalition in Berlin hat bisher nicht einmal im Ansatz durchblicken lassen, auf welche Weise sie den zwingenden Verpflichtungen genügen will. In den Ländern, Niedersachsen nicht ausgeschlossen, sieht das nicht anders aus.“

So weit der *rundblick*, der nun wirklich nicht linksradikalenverdächtig ist.

Sie werden leider diesen unsozialen, verantwortungslosen Haushalt hier durchstimmen. Sie werden - das prognostiziere ich hier - schon Anfang 2010, aber erst recht nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen alles auf den Prüfstand stellen, wozu Sie nicht gesetzlich zwingend verpflichtet sind, seien es Frauenhäuser, seien es Verbesserungen im Bildungsbereich, seien es Mittel für den Kampf gegen Rechts, sei es Schuldnerberatung, sei es Gesundheitsförderung und vieles mehr.

Herr Wulff, der hier immer den verantwortungsvollen Landesvater zu geben versucht, wird morgen im Bundesrat mit seiner Zustimmung zum sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz das Land Niedersachsen und die Interessen seiner Kommunen verraten.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Die Schlusserklärung für die FDP-Fraktion wird jetzt Herr Dürr abgeben. Bitte!

**Christian Dürr (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir werden heute in der Abstimmung einen Haushalt beschließen, dessen Volumen über 25 Milliarden Euro ausmacht. Es ist der größte Haushalt in der Geschichte des Landes Niedersachsen. Zugleich ist dieser Landeshaushalt ein Ausdruck der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise in Deutschland. Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Die Nettokreditaufnahme, über die wir uns wahrlich nicht freuen, ist unausweichlich. Sie ist natürlich unpopulär. Aber wir machen sie, weil sie zu diesem Zeitpunkt unvermeidbar ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will es deutlich sagen: In der Krise, in der wir uns zurzeit befinden, hilft nur Wachstum. Wir werden uns in Deutschland und auch hier in Niedersachsen keine weiteren Konjunkturpakete mehr leisten können. Herr Jüttner, ich sage hier in Ihre Richtung und auch in Richtung der Grünen und der Linken: Das Geld, das Sie mit vollen Händen ausgeben wollen, müssen die Menschen in Deutschland erst einmal verdienen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU) Wir werden den Schwachen niemals unter die Arme greifen können, wenn wir keine Starken haben, die die Mittel dafür erwirtschaften.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie werfen uns immer Klientelpolitik vor. Das ist quasi schon ein Reflex der Oppositionsfraktionen. Alle Entlastungen, die CDU und FDP vornehmen wollen, sind Ihrer Ansicht nach Klientelpolitik. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Ich habe damit überhaupt kein Problem. Unsere Klientel sind die Familien in Deutschland und der Mittelstand in Deutschland. Wir stehen an ihrer Seite.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Unter Rot-Grün ist genau diese Mittelschicht immer kleiner geworden. 1998 gehörten noch zwei Drittel der Bevölkerung zur Mittelschicht. Nach Rot-Grün war es nur noch gut die Hälfte der Menschen. Über soziale Gerechtigkeit lassen wir uns von Ihnen nichts, aber auch gar nichts erzählen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nur in zwei OECD-Staaten werden Durchschnittsverdiener stärker belastet als in der Bundesrepublik Deutschland. Herr Jüttner, finden Sie es eigentlich gerecht, dass man heute nur ein Zehntel dessen verdienen darf, was man noch vor 40 Jahren verdienen durfte, um den Spitzensteuersatz zahlen zu müssen? Früher war es das 14-Fache des Durchschnittseinkommens, heute ist es das 1,4-Fache. Deswegen ist es richtig, dass sich diese Bundesregierung die Abschaffung der kalten Progression auf die Fahne geschrieben hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will nun auf Ihre Vorschläge zu sprechen kommen, Herr Jüttner. Die SPD-Vorschläge beschränken sich ausdrücklich auf Einmaleffekte. Sie wollen beispielsweise den für die Unternehmen in Niedersachsen wichtigen Zukunfts- und Innovationsfonds auflösen. Besonders interessant finde ich, dass Sie uns die Neuverschuldung vorwerfen. Alle drei Oppositionsfraktionen - also auch Grüne und SPD - wollen ebenfalls eine Nettoneuverschuldung von 2,3 Milliarden Euro. Deswegen trifft uns Ihr Vorwurf überhaupt nicht, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt überhaupt nicht!)

In Richtung der Grünen fällt mir nicht ganz so viel ein. Sie haben wieder einmal die Streichung der Haushaltsmittel für die Bekämpfung der Bismarratten vorgesehen. Mehr fällt mir zu Ihnen nicht ein. Das waren genau 140 Zeichen. Zugegeben: Das hätte ich auch in einer Twitternachricht sagen können.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Vorschläge, die die Linken hier gemacht haben, sind genauso unseriös und leistungsfeindlich. Schön für uns, weil es so exemplarisch ist, ist - es ist allerdings nicht schön für Berlin -, dass die Linken in Berlin in der Regierungsverantwortung stehen. Wissen Sie, wann Sie sich in Berlin zum letzten Mal um das Thema Vermögensteuer gekümmert haben? - Das war 1999. Damals hieß Ihre Partei noch Partei des Demokratischen Sozialismus. In der Regierungsverantwortung in Berlin haben Sie bisher keine Bundesratsinitiative zur Vermögensteuer auf den Weg gebracht, obwohl Sie eine solche Initiative immer fordern. Insofern werden Sie auch da Lügen gestraft, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Im Gegensatz zu Ihnen sind wir - bildlich gesprochen - kein Haushalt, in dem alle essen möchten, aber niemand das Geschirr spülen will. Wir setzen ganz klare Prioritäten.

Erstens. Infrastruktur: Wir werden uns gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister und dem Ministerpräsidenten um den JadeWeserPort kümmern. Er wird in dieser Legislaturperiode eröffnet werden.

Zweitens. Hafenhinterlandanbindung, Küstenautobahn, Y-Trasse - alles wichtige Infrastrukturprojekte für das Flächenland Niedersachsen, die wir realisieren werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es kommt auch auf die kleinen Dinge an. Wir machen mit jedem Cent etwas Sinnvolles.

(Lachen bei der SPD)

Ich nenne als Beispiel die Sozialinfrastruktur, das landesweite Modell Niedersachsen. Wir von CDU und FDP werden uns gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen um die Gesundheitsversorgung der Menschen im ländlichen Raum kümmern, die durch medizinische Fachkräfte dort sichergestellt werden soll, (Zurufe von der LINKEN) und dafür stehen jährlich 366 000 Euro zur Verfügung. Das ist vielleicht nur eine kleine Sache, meine Damen und Herren, aber sie ist sehr wichtig für die Menschen im ländlichen Raum, um die wir uns kümmern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nach Infrastruktur komme ich zur Innovation. Ich habe den Zukunfts- und Innovationsfonds bereits erwähnt. Wir kümmern uns um die Landesinitiative Brennstoffzelle und Ähnliches mehr. Wir kümmern uns um die erneuerbaren Energien.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ach nee! Das wüssten wir aber!)

Das Land Niedersachsen ist bei den erneuerbaren Energien weiter die Nummer eins,

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das hätten wir aber merken müssen!)

weil es CDU und FDP in diesem Land gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das nächste Thema ist Bildung. Die Schüler-Lehrer-Relation war noch nie so gut. Wir stellen ständig neue Lehrer ein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Zwangsweise, weil Sie Ihre Hauptschulen retten wollen!)

Es hat in der Geschichte des Landes Niedersachsen noch nie so viele Lehrerinnen und Lehrer gegeben. Wir kümmern uns um die Bildungsqualität und sehen im Gegensatz zu Ihnen den Schwerpunkt nicht in Strukturdebatten und Ideologie.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dieser Landeshaushalt ist solide. Er spiegelt Wahrheit, Klarheit und Ehrlichkeit wider, übrigens genauso wie die Landesregierung insgesamt.

In dem Zusammenhang möchte ich Ihnen einmal etwas vorlesen - hören Sie ganz genau zu, Herr Jüttner -,

(Kurt Herzog [LINKE]: Hey lücht!)

weil Sie ja immer vom Mindestlohn reden und sagen, der würde die Welt retten.

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Herr Dürr, bitte warten Sie einen Moment. - Ich habe eben gehört: „Hey lücht!“ Dafür gibt es einen Ordnungsruf. Ich konnte den Zuruf allerdings nicht lokalisieren. Wir werden das im Protokoll überprüfen.

(Kurt Herzog [LINKE] gibt ein Handzeichen - Zurufe von der LINKEN)

- Herr Herzog, dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Christian Dürr (FDP):**

Zitat:

„Die im Grundgesetz garantierte Tarifautonomie hat sich als Grundpfeiler sozialer Marktwirtschaft bewährt. Tarifverträge ermöglichen bei Bedarf flexible Lösungen, die insbesondere auf Beschäftigungssicherung auszurichten sind. Es ist Aufgabe der Tarifparteien, diese Flexibilität gemeinsam weiterzuentwickeln. Gesetzliche Eingriffe in die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie lehnen ab. Faire Flexibilität lässt sich nicht gesetzlich verordnen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war aus dem Wahlmanifest der SPD 2005 mit dem Titel „Vertrauen in Deutschland“. Die Menschen vertrauen Ihnen genau deshalb nicht mehr, weil Sie gestern das gesagt haben und morgen das sagen.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ach, und wie ist das mit der FDP, Herr Dürr?)

Das hat mit sozialer Gerechtigkeit, Herr Jüttner, gar nichts zu tun. Peer Steinbrück hat vollkommen recht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Weil Herr Dr. Sohn gestern - ich glaube, in der Bildungsdebatte - gesagt hat, die Linke sei jetzt die neue Mittelstandspartei,

(Björn Thümler [CDU]: Das war eine Drohung!)

habe ich mir spaßeshalber einmal Ihre „Programmatischen Eckpunkte“ - Sie haben ja als Bundespartei noch kein Grundsatzprogramm - angeguckt. Wissen Sie, wie oft das Wort „Mittelstand“ in diesen Eckpunkten vorkommt, Herr Dr. Sohn? - Es kommt kein einziges Mal vor, weil Sie sich um den Mittelstand überhaupt nicht kümmern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Heiner Bartling [SPD]: Brüllen Sie doch noch ein bisschen lauter! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sie haben ja Sorgen, Herr Dürr! Was Sie so alles lesen!)

Wir kritisieren Sie ja nicht, weil einige von Ihnen in Ostalgie schwelgen, sondern wir kritisieren Sie, Herr Dr. Sohn und Frau Flauger, wegen der Politik, die Sie heute machen wollen.

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Herr Kollege Dürr, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Flauger?

**Christian Dürr (FDP):**

Nein, im Moment nicht. - Eine Partei, die sich gerade im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen wieder für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ausspricht,

(Zustimmung von Victor Perli [LINKE])

darf in Deutschland nichts zu sagen haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das Experiment, das Sie hier vorhaben, hat noch nie irgendwo funktioniert. Es hat in Europa nicht funktioniert, es hat in Asien nicht funktioniert, und es hat auch in Lateinamerika nicht funktioniert. Deshalb werden wir alles daransetzen, dass Sie niemals die Möglichkeit bekommen, es noch einmal auf deutschem Boden zu probieren, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Sozialisten haben immer erst die Wirtschaft verstaatlicht und dann das Denken. Ich sage Ihnen deutlich: Niedersachsen bleibt frei, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Lachen bei der LINKEN)

Zum Schluss will ich noch deutlich sagen:

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir haben klare Ziele vor Augen. Ich komme in dem Zusammenhang gleich auch noch einmal zum Kollegen Jüttner. Unser Ziel ist die schwarze Null im Jahr 2017, weswegen wir 2013 in diesem Land natürlich wiedergewählt werden müssen - gar keine Frage -,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wer hat eigentlich die Banken verstaatlicht?)

und auch um im Jahr 2013 eine linke Mehrheit zu verhindern.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Jetzt noch mit dem Fuß aufstampfen, Herr Dürr! - Ralf Briese [GRÜNE]: Das ist ja peinlich!)

Herr Jüttner, Sie haben vorhin gesagt, man müsse die Antworten auf die Fragen von morgen haben. Ich habe mir heute Morgen im Internet auf der Homepage von Herrn Wolfgang Jüttner - wolfgang-jüttner.de - Ihre Biografie angesehen. Die liest sich verdammt interessant, Herr Kollege Jüttner. Ich will nur einmal die letzten Jahre vorlesen: 1998 bis 2003: Niedersächsischer Umweltminister, 2003 bis 2005: stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, seit 29. Juni 2005: Fraktionsvorsitzender der SPD im Niedersächsischen Landtag. Und dann steht da weiter - jetzt kommt's -: 2008 - Ministerpräsident des Landes Niedersachsen. Es steht zwar noch „Ziel“ davor, Herr Kollege Jüttner, aber vielleicht sollte man seine eigenen Ziele von Zeit zu Zeit der Realität anpassen und vor allen Dingen die eigene Homepage aktualisieren.

Herzlichen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

[...]

**Kreszentia Flauger (LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Dürr, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass wir zum Thema Haushalt debattieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wären wir jetzt in der Schule, was wir nicht sind, müsste Ihnen gesagt werden: Thema verfehlt! Setzen! Sechs! - Aber Sie sitzen ja schon.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann möchte ich Sie darüber informieren, dass der Bundeswahlleiter selbstverständlich weiß, dass die Linke ein Programm hat. Sonst hätten wir nicht zu Wahlen antreten dürfen. Im Gegensatz zu Ihnen scheint er aber zu wissen, dass es auf den Inhalt ankommt und nicht auf die Überschrift, und da können Sie sich noch einige Scheiben von dem Programm der Linken abschneiden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie hier sagen, dass in unserem Programm das Wort „Mittelstand“ nicht vorkommt, dann gilt auch da: Es kommt nicht darauf an - wie Sie es tun -, nur lauter warme Worte zu verteilen, sondern es kommt auf den Inhalt an. Wir haben viele Positionen, mit denen wir ausdrücklich kleine und mittelständische Unternehmen fördern. Wenn Sie jetzt ein bestimmtes Wort nicht exakt finden und sich daran hochziehen, muss ich feststellen, dass Sie wieder nur an Überschriften arbeiten, aber nicht an Inhalten und an der Substanz.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben eben, als es um Verstaatlichung ging, so pathetisch verkündet: Niedersachsen bleibt frei. - Ich meine, Sie verstaatlichen ja erst, wenn Banken pleite sind, es eigentlich schon zu spät ist und Sie den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern die Verluste aufbürden wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen aber trotzdem sagen, dass das Land Nordrhein-Westfalen noch steht, obwohl in seiner Landesverfassung als Ziel die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien enthalten ist.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion verzichtet auf eine Erwiderung.

(Och! bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Mal entschuldigen! - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.